

Mexiko

## Extrem kriegerisch

Eine vor 20 Jahren ausgehobene Guerillagruppe hat die Indianeraufstände im südlichen mexikanischen Bundesstaat Chiapas entfacht. Wie ein Bewohner aus der Umgebung des Ortes Ocosingo berichtete, hatten Anhänger der fast vergessenen Guerillaorganisation FALN (Streitkräfte zur Nationalen Befreiung) die Indianer von Chiapas aufgerufen, sich dem aufständischen „Zapatistischen Nationalen Befreiungsheer“ anzuschließen. Die FALN wurde 1974 in einer großangelegten Polizeiaktion aufgerieben. Die Polizei beschlagnahmte damals Archive und Fotos der Guerrilleros, deren wichtigster Zufluchtsort Ocosingo war. Auch jetzt kam es gerade dort zu schweren Kämpfen zwischen Guerrilleros und dem mexikanischen Militär. Die Regierung des Bundesstaates Chiapas hat inzwischen



Zapatista-Rebellen in Chiapas

schen 42 Ortschaften zu „Risikozonen“ erklärt. 13 Zonen müssten besonders überwacht werden, weil die Bevölkerung „extrem kriegerisch“ sei.

Palästina

## Aufschwung mit Ägyptens Hilfe

Die Umsetzung des israelisch-palästinensischen Gaza-Jericho-Abkommens bereitet zwar Schwierigkeiten, dennoch treibt die palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) den Aufschwung in

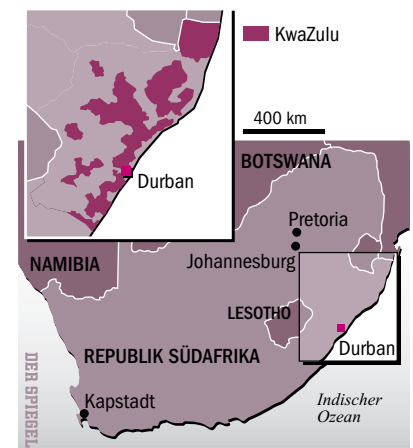
den noch besetzten Gebieten voran. Nach Unterzeichnung einer lockeren Übereinkunft mit Jordanien verhandelt die PLO mit der ägyptischen Regierung über ein Wirtschaftsabkommen. Eine in den ägyptischen Sinai verlegte Süßwasser-Pipeline („Kanal des Friedens“) soll verlängert werden, um die Wasserversorgung im brunnenlosen Gazastreifen sicherzustellen; Zollerleichterungen würden den Export palästinensischer Agrarprodukte nach Europa fördern. Mit der Zulassung des ägyptischen Pfund als provisorische Drittwährung

neben israelischem Schekel und jordanischem Dinar hoffen die Wirtschaftsexperten der PLO ein Gegengewicht zur mächtigen jordanischen Zentralbank zu schaffen. Sie glauben damit die Eigenständigkeit des entstehenden palästinensischen Autonomiegebiets zu stärken.

Südafrika

## Obszöner Spielzeugkauf

Kurz vor dem Ende seiner Herrschaft als Chefminister von KwaZulu hat sich Mangosuthu Buthelezi ein teures Spielzeug zugelegt: einen Luxus-Jet im Wert von knapp 17 Millionen Mark. Buthelezi Einparteien-Bantustan ist in Südafrikas Übergangsver-



fassung nicht vorgesehen. Die Homelands werden nach den Wahlen im April in neun neue föderative Regionen integriert. KwaZulu schuldet der südafrikanischen Regierung gut 320 Millionen Mark. Vertreter des ANC („obszöner Kauf“) und der Demokratischen Partei („Verschleuderung von Steuergeldern“) fordern, das Flugzeug zu beschlagnahmen. Der Zulu-Führer sucht seine Pfründen zu retten: Vergangene Woche kündigte er an, seine Inkatha-Freiheitspartei (IFP) werde die Wahlen boykottieren. Umfragen geben der IFP landesweit ganze sechs Prozent der Stimmen. Selbst in ihrem Stammland Natal-KwaZulu kommen die Zulu-Traditionalisten nur auf 23 Prozent.

Algerien

## Durch Massenaufbruch an die Macht

Die Islamische Heilsfront (FIS) bereitet eine neue Offensive vor. In einer geheimen „Direktive Nr. 43“ verkünden die Fundamentalisten den Beginn der „zweiten und letzten Phase der islamischen Revolution“. Die erste Phase des FIS-Aufstands begann im Januar 1992. Damals brachen die Machthaber die ersten freien Parlamentswahlen in Algerien ab, als sich ein Sieg der religiösen Extremisten abzeichnete. Die Heilsfront wurde verbo-



Demonstration von Heilsfront-Anhängern in Algerien

ten, ihre wichtigsten Führer kamen in Haft. Mehr als 3000 Menschen sind seither Opfer des Machtkampfs im größten Staat des Maghreb geworden. Vor allem in den Elendsvierteln und unter arbeitslosen Akademikern hat der FIS an Sympathie gewonnen. Als nächstes gelte es, im „legitimen bewaffneten Kampf gegen die Despoten“, so der im Untergrund lebende FIS-Sprecher Abd ul-Rassak Radscham, „die Massen auf die Straßen der algerischen Städte zu schicken, um die Handlungen des algerischen Regimes zu lähmen“. Ziel ist der Zusammenbruch des vom Militär gestützten Regimes. Die Macht müsse an die „legitimen Machthaber, die Moslems“ zurückfallen. Mit einer ähnlichen Strategie stürzte Ajatollah Chomeini 1979 den Schah im Iran. Das um Legitimation bemühte Regime hat unterdessen für Ende Januar eine „Nationale Konferenz“ anberaumt, um einen Ausweg aus dem politischen und wirtschaftlichen Chaos zu finden. Der Dialog dürfte die Lage kaum entspannen. Nicht nur die Islamisten, auch Parteien des linken Spektrums lehnen die Aussöhnungskonferenz ab.